

Volles Engagement in Afghanistan! Redliche Debatte daheim!

Techau, Jan; Skiba, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version
Stellungnahme / comment

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Techau, J., & Skiba, A. (2008). *Volles Engagement in Afghanistan! Redliche Debatte daheim!* (DGAP-Standpunkt, 3). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-130178>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Volles Engagement in Afghanistan!

Redliche Debatte daheim!

von Jan Techau und Alexander Skiba

Die Entscheidung der Bundesregierung, der amerikanischen Bitte an die Bündnispartner um Entsendung von Bundeswehreinheiten in den Süden Afghanistans nicht nachzukommen, ist ein schwermiegender außenpolitischer Fehler. Sie dient weder dem Ziel eines dauerhaft stabilen Afghanistans noch bringt sie die dringend erforderliche Redlichkeit in die deutsche außenpolitische Debatte. Sie wird erheblichen politischen Schaden im Verhältnis zu den Bündnispartnern erzeugen und den außenpolitischen Handlungsspielraum Deutschlands verringern.

Deutschland hat sich 2002 entschieden, militärisch am Hindukusch einzugreifen. Über die Natur des Bundeswehreininsatzes konnte von Beginn an keine Illusion bestehen. Zwar ging es öffentlich stets vor allem um Wiederaufbau des Landes und um den Schutz der ebenfalls dazu entsandten zivilen Kräfte, aber es war allen Beteiligten von vornherein klar, dass es auch zu Kampfhandlungen kommen könnte. Das Diktum des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck, Deutschland werde auch am Hindukusch verteidigt, verdeutlichte dieses im Kern sicherheitspolitische Eigeninteresse Deutschlands. Die andauernden Gefechte im Land, der Selbstmordanschlag auf einen Bundeswehrkonvoi (der 2003 drei Soldaten tötete) und den wiederholten Raketenbeschuss des deutschen Stützpunkts in Kabul zeigen deutlich, dass sich Deutschland in Afghanistan von Beginn an in einer Kriegssituation befand.

Diese militärische Notwendigkeit dieses Einsatzes besteht fort. Die Taliban sind nicht besiegt, sondern gewinnen seit 2006 vor allem im Süden des Landes wieder an Boden. Da die Zukunft des Landes vor allem in dieser Region gewonnen oder verloren wird, fordern die Bündnispartner Deutschlands seit längerem eine Beteiligung der Bundeswehr an den dort ausgefochtenen entscheidenden militärischen Aus-

einandersetzungen. Deutschland befindet sich damit in einer politischen Zwickmühle: Einerseits ist man militärisch engagiert und wird folgerichtig zur vollen Bündnissolidarität aufgefordert. Andererseits muss man gegenüber der pazifistisch bis isolationistisch eingestellten deutschen Öffentlichkeit die Fiktion des reinen Unterstützungsauftrags aufrechterhalten und deswegen die Forderungen der Verbündeten zurückweisen. Dieser Spagat hat dazu geführt, dass man weder der einen noch der anderen Seite gerecht wird: der deutschen Öffentlichkeit hat man parteiübergreifend aus Angst vor der Abstrafung an der Wahlurne nie die ganze Wahrheit gesagt (was die ablehnende Haltung zum Afghanistan-Einsatz gefördert hat). Und den Alliierten verwehrt man mit Hinweis auf die deutsche innenpolitische Befindlichkeit die dringend erforderliche Hilfe. Auch wenn der Vorwurf der unterlassenen militärischen Hilfeleistung, der in der Vergangenheit von Kanadiern und Briten geäußert wurde, nicht in jedem Detail korrekt war, so summiert sich die deutsche Zurückhaltung doch mittlerweile fast zu einer Verweigerung der Bündnissolidarität. Denn selbst bei einer geografischen Eingrenzung des deutschen Mandats auf den Norden Afghanistans bezieht sich diese Solidarität doch notwendigerweise auf das ganze Land. Die politische und militärische Verantwortung

für das politische Projekt Afghanistan ist unteilbar. Wenn sich die Lage dieses Projektes verschlechtert, das Interesse an seinem Gelingen aber unverändert bleibt, dann muss mehr getan werden. Wenn das bestehende Mandat eine entsprechende Aufstockung und auch die Ausweitung auf Kampfeinsätze im Süden nicht zulässt, dann muss das Mandat angepasst werden, so wie es der amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates in seinem Brief an seinen deutschen Kollegen Franz Josef Jung erbeten hat.

Der Hinweis Jungs, dadurch gefährde man den Erfolg im Norden, wirkt wenig überzeugend, denn dieser Erfolg ist ohne eine Absicherung des weitaus stärker umkämpften Südens ein Muster ohne Wert. Der Verweis auf Zuständigkeitsbereiche wirkt formalistisch, bürokratisch und realitätsfern. Moderner Operationsführung entspricht er nicht. Doch diese ist gefragt, wenn es darum geht, Soldaten in die Gebiete zu entsenden, in denen sie am dringendsten gebraucht werden und in denen andere Nationen – vor allem Amerikaner, Briten, Kanadier und Niederländer – bislang die Hauptarbeit geleistet haben.

Es liegt in Deutschlands nationalem Interesse, sich voll in Afghanistan zu engagieren

Im schwierigen innenpolitischen Streit um ein neues, erweitertes Mandat geht es vor allem darum, einer skeptischen Öffentlichkeit offen das legitime Interesse Deutschlands an einem Erfolg in Afghanistan darzulegen. Dieses Interesse ist aus drei Gründen augenfällig:

1. Das unter den Taliban rechtsfrei gewordene Afghanistan diene als logistische Basis, Rückzugsraum und wirtschaftliches Rückgrat des internationalen Terrornetzwerkes Al-Khaïda. Die Terroristen des 11. Septembers 2001 wurden aus Afghanistan gesteuert und lebten in Deutschland, bevor sie in die USA beordert wurden. Die Verbindung deutscher Sicherheit mit Afghanistan liegt somit unmittelbar auf der Hand und ist kaum bestreitbar. Ein dauerhaftes Zurückdrängen der Taliban, die Bekämpfung von

Al-Khaïda und eine beständige Stabilisierung des Landes zählen zu den direkten deutschen Interessen.

2. Auch aus bündnispolitischer Sicht müsste sich Deutschland in Afghanistan vorbehaltlos engagieren. Der politische Schaden, der durch eine andauernde Verweigerung der vollen Lastenteilung entsteht, ist riesig. Allein die Vermutung, Deutschland könnte als Bündnispartner unzuverlässig sein, ist verheerend für ein Land, das seine Sicherheit nicht allein gewährleisten kann, sondern selbst auf die Solidarität seiner Partner angewiesen ist. Und es ist einem Land von der Größe und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands, das immer wieder stärkere Mitsprache in internationalen Krisensituationen fordert und einen UN-Sicherheitsratssitz anstrebt, nicht angemessen. Der andauernde politische Kraftakt, die deutsche Beteiligung an Kampfhandlungen in anderen Teilen Afghanistans abzulehnen, kostet hier viel politisches Kapital. Dieses wird zu einem späteren Zeitpunkt, beispielsweise bei der Neuordnung der NATO beim bevorstehenden Gipfel in Bukarest, noch gebraucht. Frankreich hat die machtpolitische Dynamik der Situation längst erkannt und scheint bereit, sich als Gegenleistung für seine Rückkehr in die militärische Struktur der NATO in Afghanistan zu engagieren. Der politische Einfluss Frankreichs in der NATO würde somit erheblich steigen, was mit großer Wahrscheinlichkeit auch zu einer Stärkung der französischen Position in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU führen würde. Deutschland wird bei einer beharrlichen Weigerung in Afghanistan an beiden Stellen an Einfluss verlieren.
3. Für ein stärkeres Engagement Deutschlands in Afghanistan spricht nicht zuletzt, dass dort die Leistungsfähigkeit des westlich-freiheitlichen Ordnungsmodells auf der Probe steht. Afghanistan ist nicht nur ein Testfall für die deutsche Sicherheit und das Funktionieren des Bündnisses. Es ist auch ein Testfall für die Fähigkeit der offenen, rechtstaatlichen Gesellschaften, ihre legitimen Interessen zu wahren und durchzusetzen. Ein Scheitern des Westens hätte fatale Signalwirkung gegenüber Akteuren wie

Al-Khaïda und den Taliban, aber auch gegenüber Staaten wie China, Russland, Nordkorea und Venezuela, die westliche Ordnungsmodelle ablehnen oder deren Niedergang befördern.

Die Logik der Lähmung

Die deutschen politischen Eliten sind hin und her gerissen zwischen der Einsicht in diese strategischen nationalen Interessen und der Angst davor, bei der Durchsetzung einer interessengeleiteten Außenpolitik vom Wähler bestraft zu werden. Doch sie haben diese Zwickmühle selbst erzeugt. Wichtige Teile der politischen Eliten sind sich seit langem über die strategische Verantwortung eines großen Landes wie Deutschland im Klaren, haben es aber versäumt, die Öffentlichkeit auf den Preis vorzubereiten, den ein Land für seine eigene Freiheit und Sicherheit entrichten muss. Schlimmer noch, viele Politiker haben den Eindruck erzeugt, Deutschland könne »die Globalisierung mitgestalten«, ohne dass das ernsthafte Folgen für das außenpolitische Engagement des Landes haben würde. In der deutschen außenpolitischen Debatte wurde über Jahre der Eindruck erweckt, dass unsere Interessen vor allem humanitär-entwicklungspolitisch, aber kaum geostrategischer Natur sind. Und dass zur Wahrung dieser Interessen – Freihaltung der globalen Handelswege, Zugang zu Ressourcen, Stabilisierung des Ölpreises, Bekämpfung terroristischer Netzwerke, Stabilisierung von »Failed States« – auch militärische Handlungsfähigkeit in ihrem gesamten Spektrum notwendig ist.

Die Folge dieser Unaufrichtigkeit ist nun, dass jede entschlossene außenpolitische Führung in diesem Bereich innenpolitischer Selbstmord ist. Vor diesem Hintergrund ist es zwar verständlich, wenn sich die politischen Parteien gegenseitig darin zu übertreffen suchen, den pazifistischen Impuls der Gesellschaft zu befriedigen (mit der überraschend schnellen Absage an die NATO durch Jung und Kanzlerin Angela Merkel ist die Union der SPD zuvorgekommen, der man mit Blick auf die Bundestagswahlen 2009 nicht erneut eine

Chance zur friedenspolitischen Profilierung geben wollte). Außenpolitisch bedeutet dies aber nichts Anderes als eine selbst herbeigeführte eingeschränkte Handlungsfähigkeit des Landes. Aus Angst vor einer weitgehend pazifistisch eingestellten Bevölkerung können zentrale deutsche Interessen nicht mit Nachdruck verfolgt werden. Doch selbst innenpolitisch ist mit diesem Kurs nur kurzfristig ein Vorteil zu erzielen. Langfristig wächst die selbst gewählte außenpolitische Lähmung zu einem ernststen Problem heran. Denn die Notwendigkeit internationaler Ordnungspolitik, an der sich Deutschland beteiligen muss, wird zukünftig eher zu- als abnehmen – und mit ihr auch der Begründungszwang für immer mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Deutschlands Interessen müssen endlich offensiv dargelegt werden

Wie kann diese innenpolitische Logik der außenpolitischen Lähmung durchbrochen werden? Die Bundesregierung, die politischen Parteien, die zuständigen Fachminister und die Fraktionen im Deutschen Bundestag müssen die aktuelle Afghanistan-Frage dringend zum Anlass nehmen, in der Öffentlichkeit offensiv die globalen Verantwortlichkeiten Deutschlands, seine Interessen und die daraus erwachsenden Notwendigkeiten zu benennen. Dazu gehören auch Antworten auf die Frage zur politischen Perspektive und zur Exitstrategie in Afghanistan. Der daraufhin entbrennende Streit muss ausgetragen und ausgehalten werden. Dies ist ein Gebot der Fairness gegenüber dem Volk als Souverän, gegenüber den Verbündeten, mit denen wir in eine Gemeinschaft eingetreten sind und gegenüber den Menschen in Afghanistan, deren Schicksal wir uns angenommen haben. Und auch gegenüber den deutschen Soldaten, die ein Recht auf eine breite Legitimation ihres Handelns haben, gerade weil sie in der Pflicht zum militärischen Beistand stehen.

Bei aller Notwendigkeit des politischen Streits wäre es wünschenswert, dass die Parteien in dieser Debatte der Versuchung widerstehen, durch unaufrichtige

Gefühlspolitik das Thema zur populistischen Profilierung zu nutzen. Wer ein robustes, aktives und uneingeschränktes Engagement Deutschlands befürwortet, ist eben nicht gegen den Frieden. Er ist sich nur bewusst, dass dieser durch bloßes Herbeiwünschen nicht zu bekommen ist.



Jan Techau
<techau@dgap.org>



Alexander Skiba
<skiba@dgap.org>

Die hier geäußerten Meinungen sind die der Autoren.